

LESOTHO

Königreich Lesotho

Staatsoberhaupt: Letsie III

Regierungschef: Moeketsi Majoro (löste im Mai Thomas Motsoahae Thabane ab)

Premierminister Thomas Thabane wurde wegen seiner angeblichen Komplizenschaft bei Mord und versuchtem Mord angeklagt, obwohl bis zum Jahresende niemand für die Verbrechen zur Rechenschaft gezogen worden war und Zeugen Morddrohungen erhalten hatten. Tausende waren von Zwangsräumungen betroffen, um Platz für einen Staudamm zu schaffen. Der Ausbruch von COVID-19 im Lande gefährdete die Lebensgrundlage von Zehntausenden und führte zu Notstandsmaßnahmen, die die Behörden als Vorwand nutzten, um die Rechte auf Bewegungsfreiheit und friedliche Versammlung zu verletzen. Beschäftigte des Gesundheitswesens traten in den Streik, als ihre Forderungen nach PSA nicht erfüllt wurden.

STRAFREIHEIT

Für den Mord an der ehemaligen Ehefrau von Premierminister Thomas Thabane, Lipolelo Thabane, und den versuchten Mord an ihrem Bekannten, Thato Sebolla, wurde niemand vor Gericht gestellt. Im Februar gab die Polizei bekannt, dass der damalige Premierminister Thomas Thabane im Zusammenhang mit den Verbrechen angeklagt wurde. Lipolelo Thabane wurde 2017 von unbekanntem Angreifer erschossen, als er mit Thato Sebolla auf dem Heimweg am Rande der Hauptstadt Maseru war. Die Behörden haben es versäumt, Zeugen in dem Fall angemessen zu schützen. Thato Sebolla und andere wichtige Zeugen flohen aus dem Land, nachdem sie sich aufgrund des fehlenden Zeugenschutzes unsicher fühlten. Drei Menschen, von denen man annimmt, dass sie ebenfalls Zeugen in dem Fall waren, starben zwischen 2017 und 2020 unter mysteriösen Umständen in Maseru. Im Mai trat Thomas Thabane, nachdem er von verschiedenen politischen Parteien zum Rücktritt aufgefordert worden war, als Premierminister zurück.

FREIZÜGIGKEIT

Am 27. März verhängte der Premierminister rückwirkend zum 18. März den Ausnahmezustand, mit dem Maßnahmen zur Kontrolle und Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 eingeführt wurden, nachdem am 5. März der erste Fall in Südafrika aufgetreten war. Die Sicherheitskräfte nutzten die Maßnahmen als Vorwand, um die Rechte auf Bewegungsfreiheit und friedliche Versammlung zu verletzen.

RECHT AUF GESUNDHEIT

Im April räumten hochrangige Regierungsbeamte ein, dass das Gesundheitssystem des Landes nicht in der Lage sein würde, einem großflächigen COVID-19-Ausbruch angemessen zu begegnen. Sie hatten bis Mitte Mai keine Kapazitäten, um auf das Virus zu testen, bevor Proben zum Testen nach Südafrika geschickt wurden.

Gesundheitspersonal

Im April streikten viele Mitarbeiter des Gesundheitswesens, darunter Ärzte, Krankenschwestern und Laboranten, um die Bereitstellung von persönlicher Schutzausrüstung und höhere Löhne zu fordern, die ihrer Meinung nach die Gesundheitsrisiken widerspiegeln sollten, die sich aus der Belastung durch COVID-19 ergeben. Sie kehrten zur Arbeit zurück, nachdem ihre Forderungen erfüllt worden waren.

ZWANGSVERTREIBUNGEN

Durch den Bau des Polihali-Damms im Distrikt Mokhotlong zu Beginn des Jahres waren fast 8.000 Menschen von Zwangsvertreibung und dem Verlust ihrer Lebensgrundlage bedroht. Die betroffenen Gemeinden wurden nicht in einen echten Konsultationsprozess einbezogen oder angemessen für den Verlust ihrer Häuser entschädigt. Einige der Vertriebenen erhielten gerade einmal 1 US-Dollar als Entschädigung dafür, dass sie weit weg von ihren Häusern in Gebiete um Mokhotlong umgesiedelt wurden. Der Damm wurde gebaut, um als Teil des transnationalen Lesotho Highlands Water Project Wasser nach Südafrika zu liefern.

WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND KULTURELLE RECHTE

COVID-19 brachte die Wirtschaft zum Erliegen und gefährdete den Lebensunterhalt von Zehntausenden von Menschen. Viele Unternehmen waren gezwungen, ihren Betrieb einzustellen und ihre Mitarbeiter arbeitslos zu machen. Der Bergbau und die verarbeitende Industrie waren am stärksten betroffen, mehr als 40.000 Arbeiter verloren ihr Einkommen, nachdem sie entlassen worden waren. Im März ergriff die Regierung Maßnahmen zur Bewältigung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, unter anderem durch finanzielle Entlastungen für den privaten Sektor und seine Angestellten, die ihre Arbeit im Bergbau und in der Textilindustrie verloren hatten. Allerdings waren Hunderttausende davon negativ betroffen, da die finanzielle Entlastung nicht ausreichte. Diejenigen, die in der informellen Wirtschaft arbeiteten, waren unverhältnismäßig stark betroffen und sahen sich mit Ernährungsunsicherheit konfrontiert. Im April kündigte die Regierung an, dass ihr bereits versagendes Gesundheitssystem nicht in der Lage sein würde, die Rückkehr von Zehntausenden Basotho, einem indigenen Volk aus Lesotho, zu bewältigen, und appellierte an sie, insbesondere an diejenigen, die in Südafrika leben und arbeiten, nicht in ihre Heimat zurückzukehren, während die Behörden Maßnahmen zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von COVID-19 umsetzten. Ende Juni bewilligte der Internationale Währungsfonds 49,1 Millionen US-Dollar für eine Nothilfe an Lesotho zur Bekämpfung der Pandemie.

Berichte auch auf dieser Webseite:

1. [Lesotho: Behörden müssen wichtige Zeugen des Mordes an Lipolelo Thabane schützen \(Pressemitteilung, 21. Februar\)](#)

2. [Lesotho: Thabanes Rücktritt sollte kein Freibrief für Immunität wegen angeblicher Mitschuld am Mord an der verstorbenen Ehefrau sein \(Pressemitteilung, 20. Mai\)](#)